

Mitteilungen der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer

OPK bittet Politiker und Kooperationspartner zum Empfang

Gut ein Jahr nach Gründung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) hatte der Vorstand Gesprächspartner aus der Politik und Kooperationspartner aus Körperschaften und Verbänden zum ersten Jahresempfang am 11. Juni 2008 in die Alte Nikolaischule in Leipzig eingeladen. Im festlichen Ambiente der Aula der Anfang des 16. Jahrhunderts erbauten ersten Leipziger Stadtschule stimmten die Künstlerinnen Brunhild Fischer (Querflöte) und Prof. Gunhild Brandt (Klavier) die Gäste mit dem „Concertino“ von Cecile Chaminade auf die Begegnung ein.



Vizepräsident Wolfram Rosendahl im Gespräch mit Ehrenfried Messal, Gesundheitsminister Sachsen-Anhalt

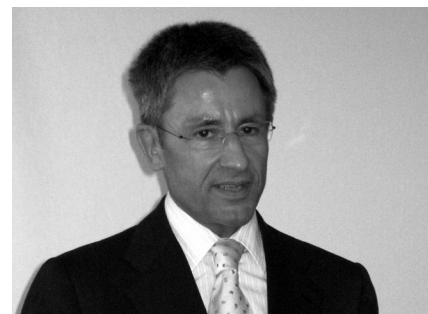
Kammerpräsidentin Andrea Mrazek freute sich, unter den Ehrengästen Staatssekretär Dr. Albert Hauser vom Sächsischen Sozialministerium, der für die OPK zuständige Aufsichtsbehörde, die Präsidenten der Niedersächsischen und Berliner Psychotherapeutenkammern Dr. Lothar Wittmann und Michael Krenz, die Vertreter der Ärztekammer Sachsen Professor Dr. Otto Bach und der Ärztekammer Sachsen-Anhalt Dr. Stephanie Kant, sowie als Repräsentant der KV Sachsen Dr. Claus Vogel zu begrüßen. Aus den Ministerien waren weiterhin Herbert Fuchs vom Psychiatriereferat des Brandenburger Sozialministeriums und Ehrenfried Messal, der Referatsleiter Ge-

sundheit und Verbraucherschutz im Gesundheitsministerium Sachsen-Anhalt, der Einladung gefolgt. Ein herzliches Grußwort richtete sie auch an die Vertreterinnen der Patienten Monika Schöppe, Vorsitzende des Landesverbandes der Angehörigen Psychisch Kranker in Sachsen, und Margit Rauch von Durchblick e.V., sowie an den Psychiatriekoordinator der Stadt Leipzig Thomas Seyde.

In ihrem Grußwort machte Mrazek deutlich, dass die OPK sich in der Pflicht sieht, sich für eine hochstehende Behandlungsqualität nach dem derzeit gültigen klinischen und wissenschaftlichen Stand zu engagieren und sie deshalb diesen ersten Jahresempfang auch unter das Thema Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen gestellt hat, zumal in den fünf Bundesländern, in denen die OPK arbeitet, noch eine deutliche Unterversorgung besteht. Umso bedauerlicher werte sie die Absicht der Bundesregierung, die Ende dieses Jahres auslaufende Quotenregelung fortschreiben zu wollen. „Gegen eine Quotenregelung zugunsten von Berufsgruppen, die eine Erhöhung des Therapieangebotes verhindert und insbesondere in der Behandlung von Kindern und Jugendlichen zu vielen unbehandelten Störungen und unzumutbar langen Wartezeiten führt“, wende sich die OPK mit aller Bestimmtheit, betonte Mrazek.

Neben der Unterversorgung werde auch den spezifischen Behandlungsbedürfnissen von Menschen mit psychischen Störungen noch nicht differenziert genug Rechnung getragen, monierte sie. Als Beispiele nannte sie Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen bei Kindern und Jugendlichen und Depressionen, wo die Behandlungsempfehlungen der Fachgesellschaften häufig missachtet und zu oft

allein auf medikamentöse Therapien statt auf eine Kombination aus Psychotherapie und Medikamenten als Mittel der Wahl gesetzt wird. Auch Patientengruppen etwa mit onkologischer Diagnose oder an Schizophrenie oder Psychose erkrankte Menschen „sind schlecht versorgt, weil zu wenig spezialisierte Angebote in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen“, bedauerte die Präsidentin. Sie appellierte an die Gäste, mit allen Beteiligten – „nicht nur mit den verschiedenen Berufsgruppen, sondern auch und vor allem mit Patienten und deren Angehörigen“ Behandlungsmöglichkeiten zu verbessern, neue Strukturen der Versorgung zu schaffen und „das bestehende System der Vertragsgestaltung der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung weiter zu entwickeln“.



Staatssekretär Dr. Albert Hauser kündigt einen Kompromiss des Sächsischen Kabinetts zur Quote an

Als Jurist outete sich Staatssekretär Dr. Albert Hauser vom sächsischen Sozialministerium in seiner Ansprache als jemand, den Schriften von Freud, Erich Fromm und Fritz Riemann während und nach dem Studium eine längere Strecke im Leben begleitet haben. Er zollte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Anerkennung für ihren „verantwortungsvollen und schönen Beruf bei der Begleitung von Menschen in die Tiefe ihrer Seele“. Der Beruf stelle sie vor viele Herausforderungen. „Sie stellen

sich diesen Herausforderungen, nehmen ihre Verantwortung sehr ernst. Und daher formulieren Sie Ihre Interessen, Wünsche und Vorstellungen auch sehr deutlich gegenüber der Politik. Wir schätzen das, auch wenn wir vielleicht einiges anders sehen“, stellte Hauser fest. Im Folgenden griff er die von der Präsidentin beschriebene kritische Versorgungssituation für psychisch Kranke in den neuen Bundesländern auf und schilderte die Position des sächsischen Gesundheitsministeriums in Sachen Quotenregelung.



Patientenvertreterin Margit Rauch ärgert die psychiatrische Unterversorgung in Sachsen

Es sei auch ein Verdienst der OPK, dass die schwierige Versorgungslage insbesondere in Sachsen im Raum Chemnitz und insgesamt für Kinder und Jugendliche im Ministerium als Probleme erkannt worden sind. „Ich gebe offen zu, für beide Bereiche haben wir keine konkreten Lösungsansätze“, räumte er ein. Hier könne er nur versprechen, dass beide Aufgaben im Kontext der aktuellen Diskussion um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Auge behalten werden, so Hauser. Zur Regelung der Quote zwischen ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten hingegen setzte das Ministerium nach Gesprächen auch mit dem Berufsverband der ärztlichen Psychotherapeuten „auf einen Kompromiss“. Sachsen wolle sich den Vorstellungen des Bundesgesundheitsministeriums, die Quote zwar von 40 auf 20 Prozent herab zu setzen, sie aber weiter zu führen, anschließen. Trotz manchmal kontroverser Positionen sei er dennoch überzeugt, dass beide Seiten weiterhin gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten werden, versicherte der Staatssekretär.

Eher skeptisch gegenüber einer Quotenregelung zur Lösung von Versorgungsproblemen mit Vertragsärzten, psychologischen

Psychotherapeuten und KJP's äußerte sich die sächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Marlies Volkmer, die auch dem Gesundheitssausschuss des Bundestages angehört. Frau Volkmer konnte zwar nicht am Empfang teilnehmen, weil Parteichef Kurt Beck ihren Dresdener Wahlkreis besuchte. Sie hatte aber ein Grußwort übermittelt, das OPK-Vizepräsident Dr. Wolfram Rosen-dahl verlas. Darin macht sie die Quotenregelung mit als Ursache für Wartezeiten von bis zu zwölf Monaten auf eine psychotherapeutische Behandlung vor allem in ländlichen Regionen aus. Volkmer teilte mit, dass sich die parlamentarischen Gremien ab Ende Juni mit dem Vorschlag des Bundeskabinettes für eine Folgeregulierung zur jetzigen Quote beschäftigen werden und auch eine Anhörung zum Gesetzentwurf geplant sei. „Insbesondere wird zu diskutieren sein, ob Quotenregelungen überhaupt geeignet sind, die Versorgungsprobleme vor Ort zu lösen. Ich bin an dieser Stelle eher skeptisch“, ließ sie wissen. Auch die Arbeitsgruppe Gesundheit in der SPD-Bundestagsfraktion beschäftige sich derzeit in einer Reihe von Fachgesprächen mit der Versorgungssituation psychisch kranker Menschen. „Nach der Sommerpause werden wir eine Bilanz dieser Gespräche ziehen und ein Maßnahmenpaket vorschlagen“, von denen möglichst viele noch in dieser Legislatur umgesetzt werden sollten, kündigte Volkmer an.



Prof. Dr. Otto Bach und OPK-Präsidentin Andrea Mrazek bewundern die historischen Räume in der alten Nikolaischule in Leipzig

Nach den Grußworten erläuterte Professor Hans-Joachim Hannich, Direktor des Instituts für Medizinische Psychologie der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald, den Gästen den Versorgungsbedarf an psychotherapeutischen Leistungen und analysierte das bestehende Angebot in Deutschland mit Focus auf die neuen Bundesländer. Hannich stützte sich dabei auf

epidemiologische Studien und den im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) erhobenen Gesundheitssurvey, der zeigt, dass fast jeder zweite Deutsche im Laufe seines Lebens Gefahr läuft, an einer psychischen Störung zu erkranken. Er überraschte die Gäste mit Daten, aus denen sich trotz der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Ostdeutschland für die Bevölkerung kein erhöhtes Risiko für psychische Störungen und Erkrankungen ableiten lässt. Differenziertere Ergebnisse zum Befinden der Ostdeutschen wären vielleicht zu erwarten, „wenn in zukünftigen Studien zum psychotherapeutischen Versorgungsbedarf Diagnosen im Zusammenhang mit kritischen Lebensereignissen einbezogen werden“, meinte Hannich. „Vor allem die Bedeutung von Anpassungsstörungen müsste ausreichend berücksichtigt werden“, empfahl er. Ausführlich ging der Redner auf die besorgniserregende Entwicklung der psychischen Gesundheit von Kindern ein, die schon 2004 von H. Troedson, WHO, als eine „tickende Bombe“ beschrieben wird. Des Weiteren illustrierte er den psychotherapeutischen Versorgungsbedarf der Kinder und Jugendlichen, der im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) des Robert Koch-Institutes im Jahr 2007 beschrieben wurde. Demnach sind 11,5 Prozent der Mädchen und 17,8 Prozent der Jungen im Alter von drei bis 17 Jahren psychisch auffällig.

Auf der Angebotsseite hingegen – so Hannich – stehe nur eine Bedarfsdeckung von 36,4 Prozent für psychische Störungen gegenüber, wobei in dieser Zahl bereits ein Besuch beim Hausarzt als Behandlungsfall gezählt werde. Anhand von Angaben aus unterschiedlichen Quellen belegte er ein erschreckendes Ausmaß an Unter- und Fehlversorgung, sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche und insbesondere in den neuen Bundesländern. Ebenso wies Hannich nach, dass die Quotenregelung den Versorgungsmangel für Patienten und die Überlastung der Psychotherapeuten noch erheblich verschärft. So sind allein in Ostdeutschland aufgrund der bestehenden Quote zur Zeit 518 freie Sitze für ärztliche Psychotherapeuten nicht besetzt, obwohl diese Behandlungskapazität dringend gebraucht würde und größtenteils durch psychologische Psychotherapeuten und KJP's ausgeglichen werden könnte.

Sein Fazit: Die psychotherapeutische Versorgungsstruktur ist bundesweit unzureichend, in Ostdeutschland jedoch besonders ausgeprägt. Der reale Versorgungsbedarf wird in der bisherigen Bedarfsplanung völlig unzureichend abgebildet, weshalb epidemiologische Studien, wie sie jetzt auch von der OPK in Angriff genommen werden sollen, „ein unverzichtbarer Schritt zur Sicherung von

Strukturqualität psychotherapeutischer Behandlung darstellen. Hannich plädierte für den Aufbau regional vernetzter Behandlungsstrukturen unter Einbeziehung von Hausärzten. Hierzu gehöre auch die Entstigmatisierung psychisch Erkrankter und eine breite Aufklärungsarbeit, für die sich die OPK einsetzen wird. Den kompletten Vortrag finden Sie auf der OPK-Homepage (www.opk-info.de)

Mit zwei Stücken von Antonin Dvorak erfreuten zum Schluss die Künstlerinnen die Gäste nach den ersten Themen noch einmal, bevor die Gespräche im Foyer bei Speis und Trank fortgesetzt werden konnten. Manche Anregung für künftige Kontakte und Projekte sowohl der Besucher wie der Kammermitglieder werden sich nach dem Empfang auf der Tagesordnung nächster Vorstandssitzungen wieder finden. – dür

OPK-Infoveranstaltungen in den Ländern – gelungener Auftakt in Sachsen-Anhalt

Der Einladung des Vorstandes zur Diskussion vor Ort über aktuelle Themen und Fragen folgten am 18. Juni 2008 mehr als 60 Kammermitglieder aus Sachsen-Anhalt. Kammerpräsidentin Andrea Mrazek erinnerte im Haus der Heilberufe in Magdeburg an die Vorgeschichte der OPK. Hatten hier doch 2001 erste Sondierungen zur Gründung einer länderübergreifenden Kammer zwischen sächsischen und sächsisch-anhaltinischen Kolleginnen und Kollegen stattgefunden. „Heute, gut ein Jahr nach unserer Gründung wollen wir mit Ihnen über unsere Aktivitäten, unsere Struktur und insbesondere die von uns in Kraft gesetzte Berufsordnung sprechen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.“



Kolleginnen im Gespräch

Geschäftsführer Carsten Jacknau, seit Oktober 2007 im Amt, gab einen kurzen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der OPK. Dabei erklärte er, „wir sind zwar eine länderübergreifende Kammer, unterliegen aber nur einer Rechtsaufsicht durch das Gesundheits- und Sozialministerium in Sachsen.“ Ebenso sei für OPK-Mitglieder nur das Sächsische Heilberufekammergesetz maßgeblich. Er stellte die in Leipzig

angemieteten Räume der Geschäftsstelle und die neuen Mitarbeiter vor und erläuterte die bisher entwickelte Struktur der Körperschaft. Die Zahl der bei der OPK registrierten Mitglieder habe sich von 1722 zum Zeitpunkt der Gründung im April 2007 auf jetzt 2115 erhöht.

OPK setzt sich intensiv für Aufhebung der Quotierung ein

Frau Mrazek gab einen kurzen Abriss über Aufgaben und Zielsetzungen der Kammer, berichtete aber vor allem über die in den letzten Monaten vielfach wahrgenommenen und vor allem auf Bitten der OPK zustande gekommenen Gespräche mit Gesundheitspolitikern, Vertretern der Kammern, der KV'en und der Ministerien. Einen besonders großen Stellenwert hatte dabei das Auslaufen der bisherigen Quotenregelung. Die Regelung führte dazu, dass ein erheblicher Teil der für ärztliche Psychotherapeuten vorbehaltenen Sitze in der Bedarfsplanung zwar gezählt wird, faktisch aber nicht besetzt ist und besonders in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit von den Vertragsärzten auch nicht besetzt werden kann. Ein Zustand, den die OPK im Interesse einer wohnortnahen und zeitnahen Versorgung der Menschen mit psychischen Störungen möglichst durch Abschaffung der Quote beenden möchte.

Das Bundesgesundheitsministerium habe einen Referenten-Entwurf vorgelegt, in dem die Quote für ärztliche Psychotherapeuten auf 20 Prozent abgesenkt werden soll und 10 Prozent der Sitze in der Bedarfsplanung für KJP vorgesehen werden

sollen. Nach letzten Informationen solle die Quote für KJP mittlerweile auf 20 Prozent erhöht werden, unabhängig davon, ob die freien Sitze von ärztlichen oder psychologischen Psychotherapeuten besetzt werden. „Wir stellen uns nicht gegen die Quote für die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, setzen uns ansonsten aber entschieden für die Schließung der Versorgungslücken ein, betonte die OPK-Präsidentin. Sie berichtete, „alle unsere Gesprächspartner waren bestürzt zu hören, dass nur rund 10 Prozent der 40 Prozent für Ärzte reservierten Sitze ausgefüllt sind, sie dennoch als besetzt in der Statistik gehandelt werden“. Damit werde der Öffentlichkeit und der Fachwelt eine völlig falsche Versorgungslage vorgegaukelt, kritisierte sie. Mrazek: „Vom Versorgungsstandpunkt aus wüsste ich nicht, welches Argument vorgebracht werden kann, um den Mangel fortzuschreiben.“ Dass die von der OPK veröffentlichten Daten und die intensiven Gespräche Wirkung zeigten, sei beispielsweise auch an den Äußerungen von Sachsens Gesundheitsstaatssekretär Dr. Albert Hauser und dem Grußwort der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Marlies Volkmer beim OPK-Empfang in Leipzig deutlich geworden.

Vizepräsident Dr. Wolfram Rosendahl informierte über die Absicht der Landesregierung in Sachsen-Anhalt, Kinder besser zu schützen. Dass die OPK trotz prinzipieller Zustimmung in einigen Punkten eine kritische Haltung einnimmt (siehe gesonderter Beitrag auf diesen Seiten), freute einige der Anwesenden.



Vizepräsident Wolfram Rosendahl im Gespräch mit einer Kollegin

Zertifizierung von Fortbildungen und Stand zum Heilberufsausweis

Wie sich in Gesprächen mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigungen herausstellte, gibt es noch weiteren Klärungsbedarf zwischen OPK, KVen und Kammern wegen unterschiedlicher Handhabung der Bepunktung von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen und der Anerkennung von Fortbildungspunkten, die vor Einführung der gesetzlichen Nachweispflicht erworben wurden. Darüber informierte Geschäftsführer Carsten Jacknau. Auch die Fragen aus den Reihen der Kammermitglieder zeigten, dass der Teufel im Detail steckt und sich viele Kolleginnen und Kollegen noch unsicher sind, ob sie die 250 Punkte bis zum 30.6.2009 auch ausreichend belegen

können. Der Vorstand sagte hier zu, am Ball zu bleiben und weiter umfassend zu informieren. Jacknau wies darauf hin, dass die Antragsformulare zur Akkreditierung auf der OPK-Homepage vorhanden sind, die Geschäftsstelle die KVen über ausgestellte Zertifikate informiert, so dass das einzelne Mitglied nicht tätig werden muss, und die OPK für Akkreditierung und Zertifizierung keine Gebühren erhebt. Im Gegensatz zur Fortbildungspflicht scheint der Heilberufsausweis zurzeit die Gemüter von Psychotherapeuten nicht stark zu beschäftigen.

Berufsordnung: Praxisbeispiele sorgten öfter für Heiterkeit

Rechtsanwalt Jan H.L. Immen verstand es, das Auditorium mit der eigentlich trockenen Materie durch anschauliche Beispiele aus dem Praxisalltag zu den Kapiteln Abstinenzpflicht, Aufklärungspflicht, Schweigepflicht, den Pflichten für Dokumentation und Aufbewahrung zu fesseln und oftmals zum Lachen zu bringen. Gleichzeitig provozierte sein Vortrag bei den Teilnehmern eine ganze Reihe von Fragen, die zeigten, dass das Thema noch öfter Anlass für Diskussionen bieten wird. Zu Aufgaben und Zweck der Berufsordnung erläuterte Immen, „sie soll einen Mindeststandard der Berufsausübung gewährleisten und stärkt

Sie auch durch die Gleichstellung mit der Berufsordnung der Ärztekammern“.

Die Musterberufsordnung (MBO) der Bundeskammer habe sich stark an die der Ärztekammer angelehnt, deren Regelungen jedoch teilweise noch verschärft. „Die OPK hat versucht, diese Verschärfung herauszunehmen“, erklärte er. Andererseits weiche die von der OPK beschlossene Berufsordnung im Abschnitt über die Berufsausübungsgemeinschaften am stärksten von der MBO ab, da sie eine starke Abgrenzung zu nichtärztlichen Berufsgruppen, insbesondere zu Heilpraktikern vornimmt.



Teilnehmer haben noch viele Fragen an Rechtsanwalt Jan H.L. Immen

Sowohl Immen als auch Präsidentin und Vizepräsident sowie der OPK-Geschäftsführer standen beim anschließenden Imbiss für weitere Fragen, Wünsche und Anregungen zur Verfügung. – für

OPK nimmt zum Kinderschutz in Sachsen-Anhalt Stellung

Am 29.04.2008 hat das sachsen-anhaltische Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und zur Förderung der frühkindlichen Betreuung – KiSchG – beschlossen. Eines der Hauptanliegen ist die Errichtung eines zentralen Einladungs- und Erinnerungswesens zu den Führerkennungsuntersuchungen (U1–U10). Das Ministerium für Gesundheit und Soziales sieht darin ein geeignetes Mittel um körperliche und psychische Vernachlässigungen rechtzeitig erkennen und entsprechend eingreifen zu können.

In den Landkreisen und Städten sollen lokale Netzwerke Kinder- und Jugendschutz etabliert werden, in denen neben dem

Jugendamt, den Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, den Schulen und anderen Einrichtungen auch die Psychologischen PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen zusammen wirken sollen.

In ihrer Stellungnahme vom 23.05.2009 begrüßt die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer ausdrücklich die Absicht, den Schutz von Kindern zu verbessern.

Durch die Besonderheiten einer Fünf-Länder-Kammer und das für die psychologischen PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen der OPK geltende Sächsische Heilberufekammergesetz werden diese

durch das Gesetz zunächst nicht erfasst. In Gesprächen zwischen dem Vorstand der OPK und Vertretern des Gesundheits- und Sozialministeriums wurden unsererseits darauf hingewiesen und das Ministerium versicherte, dass angestrebt werde, auch unsere Berufsgruppen in geeigneter Weise an die in diesem Gesetz normierten Berufspflichten zu binden.

Kritisch äußerte sich der Vorstand der OPK der im Gesetzentwurf geregelten Aufhebung von Schweige- und Geheimhaltungspflichten und zur Verpflichtung zur Unterrichtung des Jugendamtes im Falle der Kenntnisnahme von körperlicher und psychischer Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung. Die Bezie-

hung des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zu seinem Patienten und zu den Sorge- bzw. Erziehungsberechtigten ist in besonderer Weise von der Notwendigkeit eines Vertrauensverhältnisses geprägt. Bei der beabsichtigten Meldepflicht ist zu befürchten, dass betroffene

Kinder und Jugendliche noch seltener bei Psychotherapeuten vorgestellt werden, als das ohnehin schon der Fall ist. Im Weiteren würde möglicherweise eine stattgehabte Meldung beim Jugendamt eine sofortige Beendigung der Therapie nach sich ziehen.

Die OPK wird den weiteren Gesetzgebungsprozess aufmerksam und mit Sachverstand verfolgen. Die gesamte Stellungnahme finden Sie auf der Homepage der OPK.

*OPK-Vizepräsident Dr. phil. Dipl.-Psych.
Wolfram Rosendahl*

Gemeinsamer Beirat OPK/Landesärztekammern konstituierte sich

Am 16.05.2008 fand die konstituierende Sitzung des gemäß Staatvertrag zu bildenden Gemeinsamen Beirats der Landesärztekammern der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer statt. Die OPK ist mit je einem Mitglied pro Mitgliedsland vertreten.

Seine Aufgabe ist die Abstimmung berufsübergreifender Angelegenheiten der Aus-

übung heilkundlicher Psychotherapie. Der Beirat soll u. a. Empfehlungen zur Fort- und Weiterbildung und zur Berufsausübung der Psychotherapeuten abgeben, um eine gemeinsame Basis für die Psychotherapie zu fördern.

Die Mitglieder verständigten sich in Ihrer ersten Sitzung über eine Geschäftsordnung, den Vorsitz und die nächsten Aufgaben. Im Mittelpunkt der Beratung stand ein Austausch über die Bepunktung von

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen und die Frage nach einer gemeinsamen Ausgangsbasis von Kriterien für die Anerkennung.

*Dipl.-Psych. Dietmar Schröder,
Geschäftsführender Vorsitzender
des Beirates*

Meldungen

Leipzig. Psychologen der Universität Leipzig fanden heraus, dass Merkmale von E-Mail-Adressen den ersten Eindruck auf andere Personen maßgeblich beeinflussen. „Wir hinterlassen durch unsere persönlichkeitsbedingten Verhaltensweisen und Vorlieben Spuren in den natürlichen und virtuellen Umwelten, in denen wir uns bewegen“, sagte Dr. Mitja Back, die mit ihren Kollegen Dr. Stefan Schmukle und Professor Dr. Boris Egloff für eine Studie des Institutes für Psychologie II der Uni Leipzig 600 Schüler im Alter zwischen 15 und 18 Jahren befragt hat. Die Studienteilnehmer schätzten Personen mit einer „de“-Domäne als gewissenhafter ein als Personen mit einer „com“-Domäne, Personen mit kreativen, fantasievollen und witzigen E-Mail-Adressen als extrovertierter und offener. Niedliche Namen in E-Mail-Adressen machten einen eher verträglichen, gutmütigen Eindruck, während angeberische und anzügliche E-Mail-Adressen zur Vermutung führten, man habe es mit einer narzistischen Person zu tun.

Diese Eindrücke wurden interessanter Weise nicht nur von den meisten der Beurteiler geteilt, sondern stimmten zu einem gewissen Ausmaß auch mit den tatsächlich gemessenen Persönlichkeitseigenschaften überein.

Die Schüler waren aufgefordert worden, ihre E-Mail-Adressen anzugeben und sie füllten einen Fragebogen aus, der Persönlichkeitseigenschaften misst. 100 unabhängige Beurteiler bekamen diese E-Mail-Adressen und beurteilten die Eigenschaften der ihnen unbekanntem Schüler nur anhand ihrer E-Mail-Adresse.

Die Originalstudie ist bei www.sciencedirect.com erhältlich. Infos Dr. Mitja D. Back, E-Mail: mback@uni-leipzig.de (dür)

Erfurt. Die Thüringer Landesregierung plant ebenfalls ein Gesetz zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes. Dies kündigte Gesundheitsministerin Christine Lieber-

knecht bei einer Fachtagung über Kinder psychisch kranker Eltern am 25.6.08 in Erfurt an. Bereits 2006 habe das Land ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Kindern verabschiedet. (dür).

Termine:

Die OPK-Infoveranstaltungen finden in Brandenburg am 22.10., in Sachsen am 23.10. und in Thüringen am 29.10. statt. Nächste Kammerversammlung: 10./11. Oktober 2008 in Leipzig.

Geschäftsstelle

Karl-Rothe-Str. 4
04105 Leipzig
Tel. 0341-462432-0
Fax. 0341-462432-19
www.opk-info.de
info@opk-info.de
Telefonische Sprechzeiten:
Mi 11.00–13.00 Uhr